

Der Einfluß der »Bruderparteien« auf den Entscheid Moskaus zur Niederschlagung des »Prager Frühlings«

Von Peter Ruggenthaler und Manfred Wilke

Das politische Ziel der militärischen Intervention, die Beendigung des »Prager Frühlings«, war in den Monaten zuvor von den KP-Chefs der Ostblockstaaten bei mehreren Treffen formuliert worden: Beendigung des Reformprozesses (»Sozialismus mit menschlichem Antlitz«), Abwehr der »Konterrevolution« und Rückführung der ČSSR auf einen moskautreuen Kurs, Verhinderung einer Demokratisierung der Tschechoslowakei, Ausscheren des Landes aus dem »Warschauer Pakt« und Ermöglichung eines »bürokratischen« Putsches der »gesunden« (Moskau ergebenen) Kräfte gegen die Reformer in der KPČ am Abend des 20. August, um den Einmarsch durch einen »Hilferuf« der neuen Parteiführung zu legitimieren.¹ Das Ergebnis ist bekannt.

Die Reformen der KPČ wurden von Beginn an von den »Bruderstaaten«, vor allem von Ost-Berlin, aber auch Warschau und Sofia, mit Mißfallen beobachtet.² Die Politik der Satellitenstaaten der UdSSR entwickelte sich ebenso wie jene der KPdSU als reaktiver Prozeß auf den Fortgang der Reformen im Nachbarland. Die SED unter Walter Ulbricht war die erste »Bruderpartei«, die die Reformen des »Prager Frühlings« schon im März 1968 als Konterrevolution bezeichnete.³ Unterstützung und Bekräftigung in ihrer Einschätzung fand die SED vor allem durch Brežnev selbst und die KP-Chefs Polens und Bulgariens, Władysław Gomułka und Todor Živkov. Fortan war dies die Linie der »Bruderländer«.

Die Politik der SED gegen die Prager Reformkommunisten 1968 läßt sich personalisieren auf Walter Ulbricht, dem Ersten Sekretär der diktatorischen Staatspartei der DDR. Seine Aggressivität im Kampf gegen die Reformer im Nachbarland wurzelte in seiner Angst um die eigene Macht. Er fürch-

tete, die Hoffnung von Josef Smrkovský könnte wahr werden, die Verbindung zwischen Sozialismus und Demokratie könnte als Modell der Veränderung für die sozialistischen Staaten dienen. Die Hoffnung des tschechoslowakischen Reformkommunisten war für Ulbricht eine Drohung. Direkt an Dubček gewandt, sagte er über den Übergang »von der Diktatur zur Freiheit«, den die KPČ ankündigte: »Aber, liebe Freunde, ihr seid doch nicht allein in Europa. Ihr habt an der Westgrenze den deutschen Imperialismus. Mit der absoluten Freiheit gibt es also für euch einige Schwierigkeiten. Der Gegner führt einen psychologischen Krieg. In diesem Augenblick die absolute Freiheit zu proklamieren, das wird für euch sehr teuer werden!«⁴ Es blieben keine leeren Worte. Die Staatspartei der DDR regierte einen Vassallenstaat der Sowjetunion, sodaß Ulbricht seine Politik nur in enger Abstimmung mit der sowjetischen Führung realisieren konnte. Am 23. März 1968 entstand in Dresden zwischen der KPdSU, der SED und den ungarischen, bulgarischen und polnischen Kommunisten ein Interventionsbündnis.

Vom Jänner-Plenum des ZK der KPČ bis Dresden

Von Jänner bis März 1968 hatte man sich im Gegensatz zu Ost-Berlin und Warschau in Moskau selbst »gegenüber den Prozessen in der ČSSR noch relativ ruhig« verhalten.⁵ Die sowjetische Staatsspitze beschränkte sich darauf, die Lage im Land als schwierig und widersprüchlich zu bezeichnen und »der tschechoslowakischen Führung soweit wie möglich zu helfen«. Mit der Abschaffung der Zensur in der ČSSR und mit der massenhaften Absetzung von Parteifunktionären auf mittlerer und unterer Ebene begannen in Moskau die Alarmglocken zu schrillen.⁶ Im Vorfeld der Konferenz in Dresden begann man sich

in Moskau nunmehr ernsthaft Sorgen um die Zukunft der ČSSR zu machen. Am 15. März 1968 wurde im Politbüro des ZK der KPdSU ein Bericht von Außenminister Gromyko und von KGB-Chef Andropov erörtert. In diesem skizzierten diese das aus der Sicht des Kremls drohende Horrorszenario: die Einführung des Kapitalismus in der ČSSR, die Entzweiung des Warschauer Paktes.⁷

Während Moskau zumindest anfangs gegenüber der KPČ-Führung immer wieder zu verstehen gab, daß man mit den Beschlüssen des Jänner-Plenums und dem eingeschlagenen Reformkurs einverstanden sei, sahen vor allem die ostdeutschen, polnischen und bulgarischen Führungen die Ereignisse kritisch und lehnten sie kategorisch ab. SED-Chef Walter Ulbricht handelte immer mit Blick auf die sowjetische Linie, die er antizipierte oder der er folgte. Die bereits 1967 begonnenen politischen Veränderungen in der ČSSR wurden auch von den bulgarischen Diplomaten genau ins Visier genommen. Der bulgarische Botschafter in Prag warnte vor der wachsenden öffentlichen Unzufriedenheit in der Tschechoslowakei. Bereits ab Ende 1967 ließ sich der bulgarische KP-Chef Todor Živkov die Berichte aus Prag persönlich vorlegen. Die Absetzung des Ersten Sekretärs der KPČ Antonín Novotný, dem zweifellos die bulgarischen Sympathien gehörten, und die folgenden Zusicherungen Dubčeks an die Bulgaren, die Einheit der Partei sei nicht in Gefahr, beruhigte diese wieder einigermaßen. Der Austausch der gesamten tschechoslowakischen Staatsspitze rief in Sofia zwar Aufmerksamkeit hervor, stellte für Živkov jedoch keinen Grund zur Besorgnis dar.⁸ Der polnische KP-Chef, Władysław Gomułka, hatte sich – nach Absprache mit



Moskau – bereits Anfang Februar mit Dubček getroffen. Dubčeks Bemühungen, die Lage in seinem Land in bestem Licht darzustellen, überzeugten Gomułka nicht. Gomułka befürchtete, daß die Reformen zu einer bedeutenden Schwächung der Partei führen würden.⁹

In der ersten Phase bildete sich die SED-Führung ein erstes Urteil über die Folgen der Ablösung von Novotný durch Dubček. In Vorbereitung auf das Dresdener Treffen am 23. März nahm die SED am 21. März eine Bewertung der entstandenen Lage vor. Die DDR-Botschaft in Prag rapportierte regelmäßig nach Ost-Berlin, aus ihrer Sicht sah man sich mit einem Drohszenarium konfrontiert: »Die Aktivität der oppositionellen Kräfte hat sich [...] verstärkt und erhält zunehmend offen konterrevolutionäre Züge.« Das Schlüsselwort *Demokratisierung* der Prager Reformer war für die SED ein Synonym für einen konterrevolutionären Umschwung, den es zu verhindern galt. Damit war das Ziel der Interventionspolitik der SED bereits festgelegt, es stimmte mit dem der KPdSU überein: die Reformen mußten beendet werden, um das Machtmonopol der KPC zu restaurieren. Für die SED war die Einschätzung der Reformen in der ČSSR

klar: in Prag wurde eine Konterrevolution vorbereitet.¹⁰

Die erste Phase der Interventionspolitik endete in Dresden mit der ersten von mehreren Konferenzen der »Bruderparteien« vor dem 21. August, zu denen die Partei- und Staatsführungen Bulgariens, Ungarns, der DDR, Polens und der UdSSR zusammenkamen. Živkov hatte bereits in Sofia am 6. und 7. März in einem Gespräch mit Brežnev und Kosygin versichert, Bulgarien sei bereit, seine Armee einzusetzen, falls dies notwendig sei. Diese Aussage ist jedoch kaum als einer der ersten Vorschläge für die Anwendung militärischer Gewalt zur Beendigung der Reformen in der ČSSR anzusehen. In erster Linie ging es Živkov darum, »sein traditionelles Bild eines treuen und zuverlässigen Verbündeten der UdSSR weiter zu festigen«. Politische Probleme innerhalb des Warschauer Paktes mit Waffengewalt zu lösen gehörte zum Credo seiner Politik, auch wenn er »stalinistische Methoden der Vergangenheit« nicht mehr notwendig fand.¹¹ Dennoch handelt es sich hierbei um die zeitlich am weitesten zurückreichende dokumentarisch belegbare militärische »Lösungsoption« in der tschechoslowakischen Frage, die von Seiten der »Warschauer Fünf« in Erwä-

gung gezogen wurde. Bestätigt wird dies auch durch den ehemaligen sowjetischen Botschaftsrat Marat Kuznecov. Er hatte die sowjetische Delegation nach Sofia begleitet. Beim Mittagessen soll seiner Erinnerung nach über einen Einmarsch in die Tschechoslowakei gesprochen worden sein: »Da höre ich zur großen Verwunderung, dass sie den Einmarsch der Sowjettruppen in der Tschechoslowakei erörtern. Das war für mich ein gewisser Schock. [...] Brežnev selbst schwankt. Es ist ein Tanzgehen. [...] In Sofia wurde die Frage des Einmarsches nicht diskutiert, aber in den Privatgesprächen unter den Mitgliedern des Warschauer Paktes wurde das diskutiert.«¹²

In der letzten Sitzung des Politbüros des ZK der KPdSU vor Dresden tauchte schließlich auch in Moskau in den politischen Entscheidungsgremien erstmals der Gedanke auf, daß man auch »auf der militärischen Linie« nachdenken sollte. Kirill Mazurov, Politbüro-Mitglied, Erster stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR und vor und nach dem Einmarsch in die ČSSR im August 1968 »Brežnevs Mann« in Prag, sprach offen aus, was man bereits befürchtete: »Wir müssen uns auf das Schlimmste vorbereiten.«¹³

Walter Ulbricht und Leonid Brežnev verspeisen die tschechoslowakische Friedenstaube.
Quelle: Ústavu pro soudobé dějiny (Institut für Zeitgeschichte).

Von Dresden bis Warschau

Der sowjetische Parteiführer Leonid I. Brežnev hatte Alexander Dubček, den im Jänner gewählten Ersten Sekretär der tschechoslowakischen KP, zu einer »Wirtschaftskonferenz« eingeladen. Gastgeber Ulbricht eröffnete ihm dann das eigentliche Thema, die »Bruderparteien« wollten Rechenschaft über die Politik der KPČ. Die Bewertung der schon vollzogenen Reformen, wie die Aufhebung der Zensur, die Rehabilitierung der Opfer des stalinistischen Terrors und die Ablösung vieler Parteifunktionäre, stand für KPdSU und SED schon fest. Der DDR-Botschafter in Prag hatte bereits am 10. März nach Berlin gemeldet: In Prag droht die »Konterrevolution«, die von der Zensur (»Parteikontrolle«) befreiten Medien würden sie organisieren. Dieses Schlüsselwort verwendete auch Brežnev in seinem Linienreferat, als er die Veränderungen seit dem Jänner in der ČSSR auflistete und das politische Ziel gegenüber Dubček formulierte. Ihm stimmte vor allem Ulbricht voll zu.

Nach Dresden wurde auch die Führung der KPČ eingeladen, offiziell, um Wirtschaftsfragen zu erörtern. Dubček selbst soll Brežnev vorgeschlagen haben, die Konferenz als Wirtschaftstreffen zu tarnen.¹⁴ Dennoch ließ Dubček seine tschechoslowakischen Genossen im ungewissen und vermittelte den Eindruck, als wäre die tschechoslowakische Seite unvorbereitet mit den Anschuldigungen in Dresden konfrontiert worden. Dubček fand sich vor einem Tribunal wieder. Brežnev erklärte eingangs, die Fragen, die zur Debatte standen, seien viel zu ernst, um sie zu protokollieren. Entgegen der Weisung des KPdSU-Generalsekretärs ließ die SED aufzeichnen.

Nunmehr begann die Konfrontation gegen den Kurs der Prager Reformer. Dubček mußte die Politik seiner Partei erläutern und sich dann von Brežnev nicht nur fragen lassen, was er unter »Liberalisierung der Gesellschaft« verstehe, sondern er mußte sich auch den Vorwurf anhören, daß in der ČSSR die Gefahr einer Konterrevolution bestehe. Gomulka wurde gegenüber Dub-

ček deutlich: *»Wir sehen alle Gefahren, die realen Gefahren, die vor der tschechoslowakischen Partei, vor dem tschechoslowakischen Volke stehen, und wir sind der Auffassung, dass es heute noch möglich ist, diesen Gefahren zu begegnen, ich würde sagen, auf friedlichem Wege zu begegnen, allerdings mit einer energischen Gegenoffensive, die unserer Meinung nach die Führung der kommunistischen Partei der ČSSR gegen die konterrevolutionären Kräfte, gegen die reaktionären Kräfte unternehmen müsste, die sich gezeigt haben und in großem Maßstab in der ČSSR am Werke sind.«*¹⁵ Brežnev forderte von Dubček, die Restauration des Machtmonopols der KPČ durchzusetzen. Die KPdSU betrachtete die Vorgänge in der ČSSR nicht als »Experiment«, sondern als »durchdachtes Vorhaben« – also als einen gewollten Systemwechsel: *»Wir haben die Vollmachten unseres Politbüros, Ihnen [...] die Hoffnung zum Ausdruck zu bringen, dass Sie an der Spitze in der Lage sein werden, die Ereignisse zu ändern und die sehr gefährliche Entwicklung zu verhindern. Wir sind bereit, Ihnen [...] Hilfe zu geben. [...]«* Drohend merkte er an: *»Wenn das aber nicht möglich ist [...], dann können wir trotzdem gegenüber der Entwicklung in der ČSSR nicht teilnahmslos bleiben. Wir sind miteinander verbunden durch Bande der Freundschaft, durch Verpflichtungen internationalistischer Art, durch die Sicherheit der sozialistischen Länder.«* Damit war klar ausgesprochen, was Moskau nicht bereit sein würde zu akzeptieren, »ein Glied aus der Kette« der sozialistischen Gemeinschaft reißen zu lassen.

Die Forderungen gegenüber der KPČ waren deutlich: Die KPČ sollte ihr Machtmonopol in der ČSSR behaupten und die »Konterrevolution« aus eigener Kraft niederschlagen. Die KPČ sollte das von ihr selbst geschaffene »Problem« selbst lösen. Es war die einzige Alternative, die die KPdSU und ihre Vasallen den Tschechoslowaken anboten: Ordnung zu schaffen im Sinne des Warschauer Paktes, mit politischen Mitteln, um letztendlich eine militärische »Lösung«, die bereits vor Dresden erstmals ins Kalkül gezogen wurde, vermeiden zu können.

Über das Dresdener Treffen wurde Stillschweigen vereinbart, an das sich vor allem Dubček selbst hielt, er ließ seine eigene Parteiführung im unklaren über die sowjetischen Forderungen. Mit Dresden endete die Phase der »Wahrnehmung« dessen, was in der ČSSR vor sich ging und nunmehr erstmals offen auch gegenüber den Tschechoslowaken als Konterrevolution bezeichnet wurde. In der anschließenden Phase sah sich die tschechoslowakische Führung zu sehends dem »politischen Druck« der »Bru-

derstaaten« ausgesetzt. Die zweite Phase dauerte bis Ende Juni (bis zur Publikation der *Zweitausend Worte*) beziehungsweise Mitte Juli (Konferenz von Warschau).

Die tschechoslowakische kommunistische Partei hielt sich aber nicht an die »Empfehlungen« von Dresden. Im Gegenteil, sie beschloß ihr »Aktionsprogramm«, von dem die SED meinte, es sei kein »marxistisch-leninistisches Programm«. Sorge bereitete ihr vor allem die angestrebte Parteireform, die das Recht auf freie Debatten und die Achtung von Minderheitsmeinungen vorsah. In der Parteireform sah die SED die Gefahr der »Sozialdemokratisierung« der KPČ. Ulbricht befürchtete gar ein Überschwappen der Reformbewegung auf die DDR und warf dem tschechoslowakischen Botschafter in Ost-Berlin vor: *»Es wird ein psychologischer Krieg gegen die DDR geführt. Kein Staat kann sich das gefallen lassen!«* Die SED verstand sich, wie Sowjetbotschafter P. Abrasimov fast etwas amüsiert anhand zahlreicher Beispiele nach Moskau kabelte, als Hüterin des reinen Sozialismus. Ulbrichts Bild basierte nicht zuletzt auf den Informationen des DDR-Botschafters in Prag, Peter Florin. Von ihnen kamen beunruhigende Nachrichten: die Führung sei gespalten und könne ihre Führungsaufgabe nicht mehr ausüben. Der Reformflügel agiere mit einem offenen und einem illegalen Zentrum, das auch Kontakte zu westlichen Geheimdiensten unterhalte. Das offene Zentrum bestand für ihn aus den Reformern: Ota Šik, Eduard Goldstücker, Jiří Pelikán, dem Direktor des tschechoslowakischen Fernsehens, und dem Schriftsteller Pavel Kohout. Für die SED hing daher die weitere Entwicklung der KPČ an den Kaderfragen.

Am 1. April beschloß das Zentralkomitee der KPČ auf dem zu Ende gehenden Plenum ein Aktionsprogramm und veränderte durch Wahlen die Zusammensetzung der Parteiführung zugunsten der Reformer. Das Aktionsprogramm war der erste Entwurf für den Übergang vom Sozialismus sowjetischen Typs zu einem demokratischen Sozialismus. Die SED kam zu dem Schluß, das Aktionsprogramm sei kein Programm einer marxistisch-leninistischen Partei, und als solche würde sich die KPČ auch nicht mehr darstellen. Das Programm wurde in der DDR weder veröffentlicht noch in der Presse kommentiert.¹⁶ Gemäßigter waren die Reaktionen in Moskau selbst. Im Kreml war man der Ansicht, das Aktionsprogramm habe zwar einige Mängel, unter den gegebenen Umständen wäre es kaum möglich gewesen, *»sich etwas Besseres auszu-*

denken.¹⁷ Der Inhalt des Aktionsprogramms war dem Kreml seit Mitte März bekannt und von Novotný nahestehenden Kreisen dem KGB übermittelt worden.¹⁸ Bereits in Dresden war es scharf kritisiert worden, die KPČ beschloß es dennoch. War es bislang in der Sowjetführung nur intern diskutiert worden, kritisierte Brežnev das »Aktionsprogramm« in seiner Eröffnungsrede auf dem Plenum des ZK der KPdSU vom 6. bis 10. April erstmals deutlich und bezeichnete es als »revisionistische«.¹⁹

Mit dem Aprilplenum wurde die Taktik, in der man noch Geduld übte, wie es vor allem Brežnev zuerst noch getan hatte, endgültig beendet. Dieses Signal wurde auch sofort von den »Bruderparteien«, »allen voran in der DDR, angenommen«.²⁰ Das Aktionsprogramm wurde ihrer Einschätzung nach zum wichtigsten Katalysator, der den »Falken«, wie dem Chefideologen Michail Suslov, Auftrieb gab, zum rhetorischen Angriff überzugehen. Für den Verteidigungsminister der UdSSR, Andrej Grečko, war klar: »Wir sind jederzeit bereit auf Beschluss der Partei gemeinsam mit den Armeen der Länder des Warschauer Paktes dem tschechoslowakischen Volk zu Hilfe zu kommen, sollten die Imperialisten und Konterrevolutionäre versuchen, die sozialistische ČSSR von den sozialistischen Ländern zu entreißen.«²¹ Bereits zwei Tage zuvor hatte die sowjetische Führung die Entscheidung getroffen, erste Maßnahmen zu militärischen Vorbereitungen zu treffen. Am 8. April wurde dem Kommandanten der sowjetischen Luftlandetruppen, General Margelov, die Direktive erteilt, mit der Planung des Einsatzes von Luftlandetruppen in der ČSSR zu beginnen. Die Luftlandetruppen sollten auf jegliche Eventualitäten vorbereitet werden. Sollten die Truppen der ČSLA für die Landung sowjetischer Truppen Verständnis zeigen, sollte eine Zusammenarbeit organisiert werden, für den Fall des Widerstandes hingegen Maßnahmen zur Entwaffnung. Die Ergreifung militärischer Maßnahmen während der gesamten Periode der Ereignisse in der ČSSR wurden nie ausgeschlossen, Moskau betrachtete diese allerdings als die letzte Alternative.²² Ein Ausscheiden dieses wichtigen »Schlüssellandes« Mittelosteuropas, der ČSSR, hätte für die Sicherheitsinteressen der UdSSR für die Militärs, unabhängig von der politischen Seite, ein sicherheitspolitisches Problem dargestellt. Hervorzuheben ist die Bedeutung des militärindustriellen Komplexes, der unter Brežnev generell an politischem Gewicht gewann. In den sechziger und siebziger Jahren beschleunigte die UdSSR die Entwicklung vieler Abwehrprogramme, besonders

der KGB förderte die Interessen des rüstungsindustriellen Komplexes.²³ Dies lag auch daran, daß KGB-Chef Andropov dem militärindustriellen Komplex entstammte, ebenso Dmitrij Ustinov. Charakteristisch ist, daß Andropov und Ustinov »am kategorischsten für eine gewaltsame Lösung« in der ČSSR eintraten.²⁴ Letztendlich führten der »Prager Frühling« und seine Folgen zu einem »Innovationshunger« und auch zu einer wachsenden Bürokratisierung der Strukturen des militärindustriellen Komplexes. Seit dem Frühling 1968 liefen alle Aktivitäten des KGB in der ČSSR auf die Vorbereitung des Einmarsches der sowjetischen Armee hinaus. Dazu wurden vom KGB fingierte Beweise für das »unvermeidliche Eingreifen des Westens« in Umlauf gebracht für den Fall, wenn die UdSSR zögern würde und Dubček Handlungsfreiheit geben würde, um letztendlich die sowjetische Parteiführung von der Notwendigkeit der militärischen »Lösung« des tschechoslowakischen »Problems« zu überzeugen.²⁵

Zum wichtigsten Katalysator von außen, die tschechoslowakische »Frage« gewaltsam zu »lösen«, wurden Ulbricht und Gomułka.²⁶ Sie drängten vehement darauf. In den Sichtweisen der beiden Parteichefs waren alle Komponenten vereint, ideologische, politische und militärische. Besonders für Ulbricht ging es in starkem Maß auch um die eigene Machterhaltung, wenn er immer wieder vor den möglichen Folgen warnte; Folgen, die letztendlich 1989 in Domino-manie eintraten.

Knapp zwei Wochen nach dem April-Plenum des ZK der KPdSU lagen die »Reaktionen« der »Bruderstaaten« samt Empfehlungen auf dem Tisch. Am 26. April präsentierte Konstantin Ruskov, der Leiter der Abteilung für die Verbindungen mit den kommunistischen- und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder im ZK der KPdSU einen Geheimbericht, in dem hervorgehoben wurde, daß die SED es für notwendig erachte, »kollektive Hilfe von Seiten der Bruderparteien, bis hin zu äußersten Maßnahmen« zu leisten, »um die sozialistischen Errungenschaften in der ČSSR zu verteidigen, wenn die Umstände dies erfordern sollten«.²⁷ Auch Gomułka unterstützte die Idee einer »bewaffneten Intervention«. Er verlautbarte sogar, daß er derzeit keinen anderen Ausweg sehe, »als die Truppen des Warschauer Paktes, auch die polnische Armee, auf das Gebiet der ČSSR einmarschieren zu lassen«. Die Bulgaren hatten sich ebenso unmittelbar nach Dresden »entschieden für die Ergreifung aller Maßnahmen, auch militärischer, wenn es notwendig ist« ausgesprochen. Lediglich die ungarische Partei-

Čierna nad Tisou: Im Hintergrund das sowjetische Politbüro, zum erstenmal vollzählig außerhalb der Staatsgrenzen, auf dem Weg zum Geheimgespräch mit der KPČ-Führung. Privater Schnappschuß. Quelle: Ústav pro soudobé dějiny (Institut für Zeitgeschichte).

führung zögerte noch. Živkov erklärte in Sofia: »Es agieren dort westliche Kontaktstellen. In der ČSSR wie auch in Polen spielt der Zionismus eine große Rolle [...]. Es ist nicht notwendig, stalinistische Methoden der Vergangenheit anzuwenden, doch müssen wir auf jeden Fall solche Methoden wählen, mit denen wir in der Tschechoslowakei, in Rumänien und danach auch in Jugoslawien Ordnung schaffen können.«²⁸

Ende April kam Živkov zu Staatsbesuch nach Prag, wo er zum ersten Mal persönlich mit Dubček zusammentraf. Dubček verteidigte seine Reformen, für Živkov jedoch war klar: Dubček ist ein Revisionist. Nachdem er sich ein Bild über die Lage im Land gemacht hatte, kam Živkov zu dem Schluß, daß in der ČSSR eine Konterrevolution im Gange sei und eine Restauration des Kapitalismus stattfinde. Lediglich in der Slowakei sei er in den Gesprächen mit Vasil Bil'ak auf Verständnis für seine besorgte Haltung gestoßen, nicht zuletzt weil er auch den »gesunden«, Moskau treuen Kräften in der Slowakei zu verstehen gab, daß er einem Föderalisierungsprozeß der ČSSR wohlwollend gesinnt sei.²⁹

Nach ihrer Rückkehr nach Sofia informierte die bulgarische Parteiführung die »Bruderparteien« über die Ergebnisse des Staatsbesuchs in die ČSSR. Die Bulgaren hatten ebenso wie die SED zwei revisionistische Zentren an der Spitze der KPČ ausgemacht und betonten nun, der konterrevolutionäre Prozeß gehe weiter. Ulbricht stimmte diesem Befund zu und forderte ein zweites Treffen.³⁰ Zu diesem kam es am 8. Mai in Moskau,³¹ wenige Tage, nachdem zuvor die KPdSU, ebenso in Moskau, bilateral mit der KPČ verhandelt hatte. Das wichtigste Ergebnis der Beratung in Moskau war die Zustimmung der Prager Führung zur Durchführung von Manövern der Truppen des Warschauer Paktes in der Tschechoslowakei. Da die sowjetische Führung bei dem bilateralen Treffen in Moskau keine überzeugenden Antworten erhielt, wurde die KPČ-Führung vermutlich aus



diesem Grund erst gar nicht mehr zum wenige Tage später anberaumten Treffen mit den Führern der »Bruderparteien« eingeladen.

Auf dem Treffen, das ganz der Erörterung der Lage in der ČSSR gewidmet war, war der Ton der Besprechung relativ aufgeregt. Die Führer der KPdSU erwiesen sich in der für die Geschichte der UdSSR wohl eigenartig prekären Situation. Einerseits forderten die »Bruderparteien« äußerste Maßnahmen ein, andererseits war man sich im Kreml darüber im klaren, daß äußerste Maßnahmen nur den letzten Ausweg darstellten. Einstweilen sollte die KPČ-Führung noch nicht im gesamten attackiert werden, in der Hoffnung, daß die »gesunden Kräfte« in der ČSSR an Einfluß gewinnen würden. Brežnev war sich aber dessen bewußt, daß eine solche Entwicklung eher unwahrscheinlich sei, und hielt fest, daß »wir uns wohl wegen diesen Dingen wieder treffen müssen, wahrscheinlich des öfteren«.³² Ulbricht begrüßte in Moskau ausdrücklich die Manöver als Demonstration militärischer Stärke, sie sollten vor allem nahe der westdeutschen

Grenze stattfinden. Er schlug weiters vor, die »gesunden Kräfte« in der KPČ stärker von außen in ihrem innerparteilichen Kampf zu unterstützen. Dubček, so Ulbricht in Moskau, sei ein hoffnungsloser Fall. Gomułka polemisierte heftig gegen Kádár, der der Meinung war, daß es in der ČSSR keine Konterrevolution gäbe. Ulbrichts strenge Standpunkte wiederum hieß er gut.³³ Den Begriff *Konterrevolution* benutzte Gomułka genauso gerne wie Ulbricht und Brežnev.

In Moskau wurde nunmehr offen die militärische Option ins Kalkül gezogen. Brežnev legte einen schriftlichen Entwurf den vier Chefs der »Bruderparteien« vor³⁴ und schlug zudem die Errichtung eines »heißen Drahtes« zwischen den fünf Verbündeten vor. Die KPdSU setzte ebenso wie die SED eine Arbeitsgruppe ein, die die Entwicklung in der ČSSR beobachtete und analysierte.

Die geplante Militäraktion, die in den sowjetischen Dokumenten als »äußerste Maßnahme« umschrieben wurde, konnte dieses Ziel nur absichern. Parallel zu militäri-

schen Aktionen von außen mußte in Prag ein bürokratischer Putsch von innen organisiert werden, der die Reformer entmachtete und durch den die moskautreue Fraktion deren Partei- und Staatsfunktionen übernehmen sollte. Schließlich fanden sich Mitglieder des Präsidiums, wie Bílák und Alois Indra, die zu diesem bürokratischen Putsch bereit waren. Am Abend des 20. August wollten sie Dubček im Präsidium absetzen, um dann die einmarschierenden Truppen zum »Schutz des Sozialismus in der Tschechoslowakei« als neue Parteiführung zur Hilfe zu rufen. Dieses Unternehmen scheiterte kläglich.

Von Mai an stand »die tschechoslowakische Frage« zumindest einmal wöchentlich auf der Tagesordnung der Sitzungen des Politbüros des ZK der KPdSU. Der russische Historiker Michail Prozumenščikov kommt in seiner Analyse der Politbüro-Materialien zu dem Schluß, daß trotz der Verschlechterung der Lage in der ČSSR im Kreml eine viel gemäßigte Beurteilung der Lage abgegeben wurde als etwa im Frühjahr. Seiner Meinung nach hatte dies zwei Ursa-

chen. Einerseits wollte man sich in Moskau nicht dem Vorwurf aussetzen, zu »groben Druck« auf Prag auszuüben, andererseits wollte man noch »Dubček dazu bewegen [...] freiwillig im Land Ordnung zu schaffen«.³⁵ Immer öfter wurden nunmehr auch intern Parallelen zu Ungarn 1956 gezogen. KGB-Chef Jurij Andropov, 1956 sowjetischer Botschafter in Budapest, hatte schon seit März gewarnt, daß »die Methoden und die Formen [...] stark an die ungarischen erinnern. In Ungarn fing es auch so an«. Die Folgen der Abschaffung der Medienzensur lieferten den »Falken« im Kreml ausreichend Argumente und »Beweise«, daß in der ČSSR die »Konterrevolution« schrittweise ans Ziel gelangt sei und nur mit energischen Maßnahmen unterdrückt werden könne.³⁶

Die Rolle der Massenmedien wurde im Kreml zum größten Reizfaktor und war letztendlich einer der wichtigen Impulse für die Entscheidung zur militärischen Intervention. Das Faß zum Überlaufen brachte schließlich die Veröffentlichung der sogenannten, von Ludvík Vaculík verfaßten, *Zweitausend Worte*, in denen vehement die Fortführung der Reformen eingefordert und erstmals auch Zweifel an ihrer Durchsetzung geäußert wurden. Im Kreml war dies ein Kulminationspunkt, der den Beginn jener Phase markierte, in der von nun an militärischer Druck auf Prag im Vordergrund stand und die Optionen nach einer politischen Regelung immer unrealistischer erschienen. Die Position der »Falken« im Kreml, die ausschließlich eine gewaltsame »Lösung« der tschechoslowakischen Frage anstrebten, ohne an die politischen Folgen zu denken, gewann zusehends an Stärke. Unterstützt wurden diese in ihrer Einschätzung von den Hardlinern der »Bruderparteien«. Für die SED waren die *Zweitausend Worte* ohnedies »ein Aufruf zur Konterrevolution«.³⁷

Von Warschau bis Bratislava

In der dritten Phase, die mit den *Zweitausend Worten* eingesetzt hatte, liefen endgültig die militärpolitischen und operativen Vorbereitungen der Besetzung der ČSSR an. Die Würfel für diese Intervention fielen am 15. Juli auf der von der KPdSU einberufenen Konferenz³⁸ mit den vier »Bruderparteien« in Warschau (»Warschauer Fünfe«), aber die Entscheidung über den Einsatz der Truppen selbst behielt sich Moskau vor. Die KPČ hatte die Teilnahme, wohl wissend, was sie in Polen erwarten würde, verweigert.³⁹ Die fünf Parteien sandten einen gemeinsamen Brief an die KPČ, indem sie ultimativ eine Kurskorrektur forderten (»Warschauer

Brief«).⁴⁰ Der KPČ trauten sie nicht mehr länger die dafür nötige Kraft zu. Živkov forderte als Voraussetzung für den Sieg über die »Konterrevolution« die Besetzung der ČSSR durch Truppen des Warschauer Paktes – dem widersprach kein anderer Parteiführer in Warschau, im Gegenteil, Gomułka und vor allem Ulbricht forderten vehement eine militärische Intervention. Ulbricht griff in Warschau Kádár scharf an und erklärte, daß es in der KPČ nicht mehr lediglich um einen Kampf gegen die Revisionisten gehe (wie dies Kádár behauptete), sondern um einen Kampf gegen die Konterrevolution. »Der nächste Schlag«, so Ulbricht prophetisch, »wird gegen euch, gegen Ungarn ausgeführt werden«. Brežnev, nicht zuletzt aufgrund des Umstandes, daß Dubček »sein Mann« in Prag war, für dessen Wahl er letztendlich auch eine gewisse persönliche Verantwortung trug, war der einzige, der in Warschau noch eine gemäßigte Linie vertrat. Das »Donnergrollen« der bevorstehenden Militäraktion war in Warschau bereits deutlich zu hören.⁴¹

Unmittelbar nach der Rückkehr aus Warschau berief die KPdSU eilig ein Plenum ein. Viele Mitglieder des ZK waren auf Urlaub und schafften es nicht, rechtzeitig nach Moskau zu kommen. Auf dem Plenum bereite Brežnev die Partei gleichsam auf eine militärische Invasion vor, die von den Anwesenden auch begrüßt wurde. Noch aber betonte Brežnev, daß »wir gemeinsam mit den Bruderparteien, bevor äußerste Maßnahmen getroffen werden, noch alle politischen Mittel ausschöpfen werden, um der KPČ [...] zu helfen, die sozialistischen Errungenschaften zu bewahren und zu verteidigen«.⁴²

Vor dem Hintergrund der sinkenden Hoffnung auf eine Kurskorrektur der KPČ begann der Kreml nunmehr allerdings stetig, Vorbereitungen für eine Militäroperation zu treffen. Nach dem 20. Juli, vier Tage nach Warschau, nahm das Politbüro die Ausarbeitung der »äußersten Maßnahmen« in Angriff.⁴³ Dem Kreml fiel dies umso leichter, nachdem just in diesen Tagen auch noch beruhigende Signale aus Washington kamen, sich nicht in die tschechoslowakischen Angelegenheiten einmischen zu wollen.⁴⁴ Die gesamte folgende Woche über wurden entsprechende Vorkehrungen getroffen. Am 20. Juli protestierte die Sowjetregierung in einer Note an die tschechoslowakische Regierung gegen die Kritik, die in der ČSSR am »Warschauer Brief« entfacht war und gegen die unzureichende Bewachung der tschechoslowakisch-österreichischen Grenze. Dies würde eine Bedrohung für die Sicherheit des gesamten sozialisti-

Plakate mit Aufforderungen zum Abzug der Besatzer (von links nach rechts): »Bleib stehen! Wohin du auch gehst, es sind heilige Stätten!« – »Tod den Verrätern!« – »Zieht ab!« (in den Hintern) – »Geht nach Hause, Sowjets!« Quelle: Ústavu pro soudobé dějiny (Institut für Zeitgeschichte).

schen Lagers darstellen. Am 22. Juli beauftragte das Politbüro Verteidigungsminister Grečko, »Maßnahmen zu ergreifen [...] in Übereinstimmung mit dem Meinungsaustausch auf der Sitzung des Politbüros«.⁴⁵ Die Maßnahmen sahen die Einsetzung einer Revolutionären Regierung der ČSSR nach dem Einmarsch vor. Mehrere Deklarationen und Aufrufe, die letztendlich nach dem Einmarsch dazu dienen sollten, die Intervention zu legitimieren, wurden ausformuliert.

Bevor aber im Politbüro die endgültige Entscheidung zur Intervention fiel, sollte mit Dubček und der Führung der KPČ noch ein letztes Mal eine »politische Lösung« gesucht werden, und zwar auf Basis der Dresdener Forderungen. Ende Juli kam es zu bilateralen Verhandlungen an der tschechoslowakisch-sowjetischen Grenze im slowakischen Čierná nad Tisou, die wider Erwarten aus der Sicht des Kremls doch noch einigermaßen erfolgversprechend verliefen.⁴⁶ Im Vorfeld des Treffens in Čierná nad Tisou war bereits ein Treffen der »Warschauer Fünfe« in Moskau geplant gewesen. Dieses wurde kurzfristig vom Politbüro des ZK der KPdSU, das zum ersten und einzigen Mal in der Geschichte der UdSSR vollständig im Ausland weilte, abgesagt. Dubček erhielt eine allerletzte »Chance«, die »Konterrevolution« selbst niederzuringen. Im Anschluß an das bilaterale Treffen in der Ostslowakei trafen in Bratislava am 3. August alle »Warschauer Fünfe« mit der KPČ zusammen. Die sowjetische Führung hielt es für wichtig, »die Resultate unserer Verhandlungen mit der Führung der KPČ in einem kollektiven Dokument zu festigen, das heißt, diese Resultate auf eine internationale Grundlage zu stellen. Dies wurde auf der Konferenz in Bratislava gemacht. Im Prinzip [...] fanden die Ergebnisse der Verhandlungen ihren Ausdruck in der Erklärung von Bratislava«.⁴⁷ Heute scheint es als gesichert, sagen zu können, daß die tschechoslowakische Seite in Čierná zugesagt hat, die sowjetischen Forderungen nach Kaderveränderungen und Absetzungen umzusetzen. Mit der



Unterzeichnung der Erklärung von Bratislava verfügte nun die sowjetische Seite über eine »Bezugsgrundlage«, die aus ihrer Sicht ihr weiteres Handeln und die Vorgangsweise der »Warschauer Fünf« legitimierte.

In Bratislava wurde der letzte Kompromiß auf Basis des sowjetischen Entwurfs zwischen den beteiligten Parteien vor der Besetzung der ČSSR formuliert, der einer Legitimation eines »bürokratischen Putsches« gleichkam, der bereits im Präsidium der KPČ von den »gesunden Kräften« vorbereitet wurde. Während des Treffens übergab Bil'ak der sowjetischen Delegation den berüchtigten »Einladungsbrief der gesunden Kräfte« der KPČ, in dem um eine »kollektive Hilfsaktion« der fünf Interventionsstaaten gebeten wurde. Die Übergabe des Briefes soll auf einer Toilette stattgefunden haben.

Mit der Unterzeichnung der Erklärung von Bratislava wurde auch ein Bezugspunkt für die programmatische Vorbereitung des »bürokratischen Putsches« geschaffen, den Bil'ak und seine Weggefährten im Präsidium pflanzen. Der angebliche Bruch der Erklärung von Bratislava durch Dubček wurde letztendlich von sowjetischer Seite auch benutzt, um den Einmarsch zu rechtfertigen. Moskau benötigte Zeit, um den »bürokrati-

schen Putsch« zu organisieren, der parallel zum Truppeneinmarsch im Präsidium der KPČ erfolgen sollte. Sollte Dubček das Abkommen brechen – das aus seiner Sicht ohnedies nicht erfüllbar war –, verfügten die »gesunden Kräfte« fortan über ein Legitimationsmittel, ihn absetzen zu können.⁴⁸

Die militärische Intervention und die Frage: Haben deutsche Soldaten die Grenze überschritten?

Die militärische Intervention beendete alle »Bemühungen« seitens der »Warschauer Fünf«, die »Krise« in der ČSSR mit politischen Mitteln zu lösen. Sie leitete gleichsam die vierte – die militärische – Phase ein, die mit den Manövern ab Mai vorbereitet wurde und deren militärische Vorbereitung am 30. Juli abgeschlossen war. Neben dem politischen Druck dienten die Manöver der Warschauer Pakt-Truppen in der ČSSR im Juni der operativen Vorbereitung des Einmarsches. Der DDR-Verteidigungsminister Armeegeneral Heinz Hoffmann mußte verärgert feststellen, daß eine Beteiligung der NVA an der gemeinsamen Kommandoabsübung nicht vorgesehen war. In einem Brief an den Marschall der Sowjetunion I. Jakubowski, dem Oberbefehlshaber der

vereinigten Truppen des Paktes, schrieb er: »Ich bedauere diese Tatsache und kann dafür kein Verständnis aufbringen.« Ulbricht und sein Verteidigungsminister drängten also von sich aus auf die Teilnahme der NVA an diesen »Ausbildungsmaßnahmen«. Dem Protest wurde stattgegeben und die NVA beteiligt.

Welcher Geist die SED-Führung kurz vor dem Einmarsch beherrschte, verdeutlichte Igor Bucharkin. Der sowjetische Botschafter in Ost-Berlin berichtete Moskau über die Sitzung des Politbüros der SED am 1. August 1968 und seine Position zur Tschechoslowakei. Die SED wollte »die Schritte und Maßnahmen, die in der jetzigen Lage von sowjetischer Seite getroffen werden, voll und ganz« unterstützen. Das Gremium hielt es seinerseits für notwendig: »Kollektiv, mit allen verfügbaren Mitteln, die reaktionären und konterrevolutionären Kräfte in der Tschechoslowakei niederzuschlagen.« Am 18. August fand in Moskau ein geheimes Gipfeltreffen der Parteiführer des Interventionsbündnisses statt, auf der sie sich verpflichteten, daß ihre Parteien und Staaten sich an der »kollektiven Aktion« beteiligten. Ulbricht folgte dem SED-Beschluß und dieser Verpflichtung. Am 20. August erteilte er den Befehl zur Teilnahme

Walter Ulbricht: [...] In der Jugendzeitung »Mladá fronta« beschäftigt man sich mit Genossen Honecker. Unter der Überschrift »Erwägungen nach Budapest« wird dort erzählt, daß sich der Redakteur dieser tschechischen Zeitung mit einem Kollegen von der kapitalistischen Weltpresse unterhalten hat, mit dem er über diese Sache diskutierte: Aus sie bezeichneten sie als die härtesten ..., die auf dem Konsultativtreffen vorgetragen wurden. – Also die Verbündeten sind nicht die SED, sondern die Journalisten der kapitalistischen Presse! Und dann wird eine Begründung gegeben, warum sie mit Honecker nicht einverstanden sind. Sie sagen: Ich wage Marx dadurch nicht zu redigieren, daß ich ihn als zu alt erkläre. Doch Tatsache ist, daß in seiner Zeit die kommunistische Bewegung in nicht so großem Umfang existierte. – Also aus dem Grund kann man jetzt vom Marxismus abgehen. – Und dann heißt es: Die gewisse Nationalisierung der kommunistischen Bewegung ist dann meiner Meinung nach keine Erscheinung der bourgeoisen Ideologie, sondern eine objektive Realität. – Also von der Nationalisierung der kommunistischen Bewegung als objektiver Realität ist hier die Rede, nicht als Ausdruck der bourgeoisen Ideologie. Das heißt man führt die Auseinandersetzung [...] darüber, daß in der Tschechoslowakei jetzt die höhere Stufe des Sozialismus erklommen wird, daß das ein Beispiel für die anderen sozialistischen Staaten sein wird.

Nun, Genossen, aber nicht nur das. Die Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR geht noch weiter. Der Auslandskorrespondent von ČTK berichtet über den sozialdemokratischen Parteitag. Er habe gelernt, zu verstehen, warum die SP in den letzten Jahren so und nicht anders gehandelt habe. – Also der ČTK-Korrespondent ist mit der SP-Politik der letzten Jahre einverstanden. Dann geht es weiter: Und jetzt hat die SP einen mutigen Schritt getan. – Ich zitiere wörtlich: »Der mutige Schritt heißt Beteiligung der SPD an der Regierung, die von dem alten politischen Gegner geführt wird.«

Brandt hat also einen mutigen Schritt getan, indem er in die Strauß/Kiesinger-Regierung eingetre-

ten ist. Das teilt ČTK mit als besondere Weisheit seiner Einschätzung über den SP-Parteitag. Ja, liebe Genossen, was soll man dazu noch sagen? Das ist nicht mehr nur kleinbürgerliche Ideologie, das ist Vertretung der Ideologie des westdeutschen Imperialismus, weiter gar nichts.

Beratung der KPČ mit den »Bruderparteien«, Dresden, 23. März 1968

Walter Ulbricht: [...] Bei der Einschätzung der jetzigen Situation muss berücksichtigt werden, dass der konterrevolutionäre Auftritt am 1. Mai über lange Zeit, d. h. im Laufe der letzten zehn Jahre, vorbereitet wurde. Dabei spielten die Kontakte der tschechoslowakischen Intelligenz mit dem Westen, wie mit der BRD und mit Frankreich, eine bekannte Rolle; sie waren bei Weitem enger, als man es sich vorstellen konnte. Viele tschechoslowakische Wissenschaftler sind Professoren und Akademikemitglieder an verschiedenen westdeutschen und französischen Lehranstalten. Ein Teil der tschechoslowakischen Journalisten unterhält breite Kontakte zum Westen. Kunst- und Kulturschaffende der ČSSR hatten und haben besonders umfassende Kontakte zum Westen. Es ist kein Geheimnis, dass die amerikanische Botschaft in Prag viele Künstler in der Tschechoslowakei auf Umwegen finanziert. Seit die SPD begann, die so genannte Ostpolitik zu verfolgen, werden nach Westdeutschland regelmäßig Vertreter der tschechoslowakischen Kulturschaffenden und Intelligenz eingeladen, die man dort aktiv bearbeitet.

Dank all dem existiert in der Tschechoslowakei eine breite antisozialistische Front. Wir müssen diese in Betracht ziehen und einen breiten Angriff auf diese Front führen, wobei wir uns nicht nur mit Verteidigungsmaßnahmen begnügen.

[...] Es muss eine militärische Übung durchgeführt werden, und zwar so schnell wie möglich. Dabei muss man eine offene Diskussion der Fragen zur Stärkung der Armee organisieren. Unsere Truppen würden direkt gegen die Zersetzung der Armee in der Tschechoslowakei auftreten und offen vor Offizieren und Soldaten gegen die Aktivitäten der Konterrevolu-

tion reden. Wenn die tschechoslowakische Regierung die Amerikaner nach Pilsen lässt, dann können wir nicht mehr länger schweigen. Damit muss Schluss gemacht werden.

[...] Hunderte westdeutsche Agenten halten sich schon ein halbes Jahr in der Tschechoslowakei auf, fotografieren, besuchen Fabriken, führen Gespräche mit den Arbeitern und zeigen uns das alles über das Fernsehen. Man könnte sagen, dass in einem gewissen Sinne die Tschechoslowakei zur Zeit nicht von Prag, sondern von Bonn aus regiert wird.

Wenn unser Kampf nicht Ergebnisse zeitigt, dann werden wir uns mit einem Aufruf an die Arbeiterklasse der Tschechoslowakei wenden, ihr konkrete Wege für den Kampf mit der Konterrevolution weisen und mit dieser Sache fertig werden.

[...] Was die militärischen Manöver in der Tschechoslowakei betrifft, so wäre es gut, sie so zu organisieren, dass sich die dorthin entsandten Truppen ein wenig länger dort aufhalten und entlang der Grenze zur BRD patrouillieren können.

Parteiführerkonferenz, 8. Mai 1968

Walter Ulbricht: [...] Wir vertraten nach der Ablehnung der Teilnahme der KPČ den Standpunkt, daß diese Beratung unbedingt stattfinden muß, weil sich in der Tschechoslowakei die Lage so entwickelt hat und nach der Veröffentlichung der konterrevolutionären Plattform der »2000 Worte« sichtbar geworden ist, daß die Führung der KPČ allein nicht in der Lage ist, einen Ausweg zu finden. Einen Ausweg kann es nur durch die gemeinsame Stellungnahme, durch das gemeinsame Einwirken der Bruderparteien geben, vor allen Dingen der Parteien und Staaten, die an die Tschechoslowakei angrenzen.

Genosse Kádár sagt, daß ihm Genosse Dubček erklärt hat, wenn eine ernste Situation eintritt, würde die tschechoslowakische Führung in der Lage sein, innerhalb 24 Stunden alles zu mobilisieren. Das heißt, sie wollen erst abwarten, bis alles zersetzt ist, und wiegen sich in dem Glauben, daß man mit einer zersetzten Truppe besser kämpfen kann als jetzt.

von DDR-Truppen an der Militäroperation. Schon Wochen vor diesem Zeitpunkt glich der Süden der DDR einem Heerlager, hier wurden vor allem die sowjetischen Truppen konzentriert, die in der DDR stationiert waren, um in der Nacht vom 20. zum 21. August in einer Breite von zweihundert Kilometern die Grenze zur Tschechoslowakei zu überschreiten.

Die 7. Panzerdivision der NVA unterstand operativ der 20. Gardearmee, die nach Prag vorstieß, aber sie bekam keinen Marschbefehl. Der Militärhistoriker Rüdiger Wenzke schreibt: »Ein Verbindungsoffizier informierte den Divisionskommandeur kurzfristig darüber, dass sein Verband nur bei Bedarf eingesetzt werde.« Die gleichfalls bereitgestellte 11. Mot.-Schützen-Division wurde als Reserveverband der »Prager Gruppierung« eingestuft und verblieb in ihrem Bereitstellungsraum. Diese kurzfristige Entscheidung der

sowjetischen Militärs überraschte nicht nur die Offiziere und Mannschaften der beiden Divisionen, sondern auch »die Führung der NVA«.

Rüdiger Wenzke zerstörte bereits 1994 die von der SED selbst geschaffene Legende, daß die NVA-Divisionen am Einmarsch in die ČSSR beteiligt waren. Offen blieb damals die Frage: Wer hat politisch entschieden, daß die beiden Divisionen in der DDR verbleiben?

Der letzte SED-Ministerpräsident der DDR, Hans Modrow, schreibt in seinen 2008 erschienenen Memoiren Ulbricht dieses staatsmännische Verdienst zu. Er habe verhindert, »dass auch nur ein deutscher Soldat die Grenze überschritt.«⁴⁹

Die neuere Forschung kommt zu einem anderen Ergebnis. Der russische Historiker Valerij Vartanov schreibt über die Rolle der NVA in dieser Operation: Nach dem Ope-

rationenplan sollten zunächst, »sechs deutsche motorisierte Schützen- und Panzerdivisionen in die Tschechoslowakei einmarschieren. Allerdings wurde die Zahl der deutschen Truppen aus rein politischen Einwänden im letzten Moment erheblich verringert, und es nahmen lediglich einzelne Unterabteilungen zum Schutz der Feldstäbe und zur Sicherstellung der Nachrichtenübermittlung an der Operation teil.«⁵⁰

Die endgültige Entscheidung, die Intervention nunmehr durchzuführen, fiel am 17. August im Politbüro der KPdSU. Am nächsten Tag trafen Živkov, Kádár, Ulbricht und Gomułka in Moskau ein. Brežnev informierte diese von der Entscheidung, in der ČSSR die »alte Ordnung« mit militärischen Mitteln wieder herstellen zu werden. Dem stimmten sie zu.

Neue sowjetische Quellen zeigen, daß Moskau auf Bitten der »gesunden Kräfte« der ČSSR eine Beteiligung der Nationalen



Anti-Ulbricht-Plakat. Quelle: Ústavu pro soudobé dějiny (Institut für Zeitgeschichte).

Diese Änderung zeigt nur, daß Dubček keine Ahnung hat von der Lage in der Tschechoslowakei und von der internationalen Lage.

[...] Wenn die Plattform der »2000 Worte« keine konterrevolutionäre Plattform ist, dann gibt es überhaupt keine Konterrevolution. Die westdeutsche Bourgeoisie hat das ganz richtig analysiert. Sie sagt, es handelt sich um die schleichende Revolution, also um die schleichende Konterrevolution. Dubček kann doch nicht darauf warten, daß der Gegner seine bisherige Taktik – die ihm Nutzen gebracht hat – des schrittweisen Vorgehens, der schleichenden Konterrevolution aufgibt und offene Provokationen durchführt. Damit kann Dubček doch nicht rechnen.

[...] Ich möchte mich mehr auf die Einmischung der imperialistischen Kräfte in die Tschechoslowakei beschäftigen, die von außen erfolgt. Diese Einmischung

entspricht der großen Konzeption der Globalstrategie der USA und Westdeutschland und geht seit ungefähr zehn Jahren. Sie hat auf kulturellem Gebiet begonnen. Dazu gehören zum Beispiel die Auseinandersetzungen über Kafka und über eine Reihe literarischer Fragen und entwickelte sich allmählich in der Richtung der Westorientierung eines immer größeren Teiles der Intelligenz, wobei die Finanzierung durch die USA-Botschaft eine Rolle gespielt hat. Das heißt die Offensive gegen die KPČ wurde von langer Hand systematisch vorbereitet, und zwar beginnend auf kulturellem Gebiet.

[...] Es herrscht doch gegenwärtig unter der Losung der absoluten Freiheit ein ideologischer Terror. Es herrscht eine wirkliche Manipulierung der Menschen durch Rundfunk, Fernsehen und durch die Presse, die von einer Gruppe von Schriftstellern beherrscht wird. Mir scheint, die ganze westliche Ideologie hat dort Einzug gehalten. Man muß die absolute Freiheit in der Form proklamieren, daß man die Grenzen öffnet, daß man die Zollschranken beseitigt, daß man gegenüber dem kapitalistischen Westdeutschland und anderen kapitalistischen Ländern volle Freiheit der Verbindungen usw. schafft.

Treffen der Interventionskoalition, Warschau, 14. und 15. Juli 1968

Walter Ulbricht: [...] Dubček ist eine Mischung aus Sozialdemokratie und Schwejkismus. Für ihn ist es unmöglich, solche Erklärungen offen und ehrlich zu erfüllen. Es ist ihnen wichtig, bis zum außerordentlichen Parteitag Zeit zu gewinnen, um danach zu verwirklichen, dass die revolutionären Kräfte die Macht in die Hand nehmen und die gesunden Kräfte in den Hintergrund geschoben werden.

[...] In diesem Zusammenhang haben wir einen Vorschlag für einen Aufruf an die Bürger der tschechoslowakischen Republik. Wir schlagen vor, dass im dritten Absatz der ersten Seite vor dem letzten Satz etwa Folgendes steht:

» Der Plan der offenen und verdeckten Konterrevolution bestand darin, die erreichten sozialistischen Errungenschaften und Erfolge des Aufbaus des Sozialismus zu diskreditieren, die KPČ, die Gewerkschaften und andere Massenorganisationen zu zersetzen und unter dem Vorwand der Demokratisierung die sozialistische Staatsmacht zu untergraben. Indem sie die Presse, das Radio und das Fernsehen kontrollierten, führten die antisozialistischen Kräfte unter dem Schutz der Freiheitslosung einen konterrevolutionären Kampf. Die konterrevolutionären Kräfte haben unter der Freiheitslosung Organisationen geschaffen, die Gesetze übertreten, und antisozialistische Klubs und andere Organisationen gegründet. All das war auf die Errichtung des Kapitalismus ausgerichtet und an den imperialistischen westlichen Mächten orientiert. Ein offener konterrevolutionärer Umschwung war am Tag nach dem XIV. Parteitag der KPČ zu bemerken. Offensichtlich ...« Weiter dem Text nach.

Wir hätten gerne, dass nicht nur gesagt wird, dass sie zum Angriff übergegangen sind, um den Kapitalismus wiederherzustellen, sondern dass der Kern der Sache aufgedeckt wird, dass man die Taktik der Konterrevolution aufzeigt, wie sie ihre Pläne realisieren wollte, indem sie davon ausging, dass der Großteil der Bevölkerung in der Tschechoslowakei nicht davon überzeugt ist, dass die rechten Kräfte den Kapitalismus wiederherstellen wollen.

[...] Wir sind davon ausgegangen, dass die Mehrheit des Volkes in irgendeinem Maße von der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Ideologie infiziert ist. Das ist während der letzten zehn Jahre passiert, und das darf man nicht unterschätzen. Zusätzlich muss noch mit der Differenziertheit innerhalb der Intelligenz gerechnet werden. Schließlich hat jener Teil der Intelligenz, der heute Dubček und die Rechten unterstützt, bis Januar noch völlig vernünftige und gesunde Vorschläge zur weiteren Entwicklung der Tschechoslowakei gemacht.

Treffen der Interventionskoalition, Moskau, 18. August 1968

Stefan Karner/Natalja Tomilina/Alexander Tschubarian u. a. (Hg.): Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968. Dokumente, Köln/Weimar Wien 2008, 459, 461, 531, 533, 535, 559, 605, 607, 695.

Volksarmee der DDR an der Militäraktion stoppte; die SED-Führung, die die Intervention vehement gefordert hatte, soll beleidigt gewesen sein, daß ihr der Miteinmarsch verweigert worden war, um die Tschechoslowakei vor der »Konterrevolution« zu »retten«. Am 23. August 1968 wurde die Frage der Beteiligung der NVA in einem Gespräch zwischen dem tschechoslowakischen Präsidenten Ludvík Svoboda und Brežnev im Kreml erörtert. Dieser Wortwechsel ist geeignet, die geschilderten Entscheidungen der sowjetischen Militärführung zu erklären. Auf die Frage, ob deutsche Soldaten auf dem Staatsgebiet der Tschechoslowakei waren, antwortete Brežnev: »Es ist ganz sicher, dass kein deutscher Soldat auf dem Staatsgebiet der Tschechoslowakei war. Wir haben sie zurückgehalten.« Der Schwiegersohn des Präsidenten schien nicht überzeugt: »Aber in Prag gibt es die feste Überzeugung, dass sie auch

noch jetzt da sind.« Brežnev: »Das ist eine Provokation. Unter uns gesagt, die deutschen Genossen waren beleidigt, dass man ihnen irgendwie Misstrauen entgegenbrachte.«⁵¹ Dieser Entscheidung lag offenbar die Bitte der Dubček – Gegner Vasil Bil’ak und Alois Indra zu Grunde, nicht auch noch deutsche Soldaten in feldgrauen Uniformen in Prag einmarschieren zu lassen. Der »Feldherrenruhm« blieb Walter Ulbricht versagt.

Ausblick

Die politische Entscheidung über das Ziel der Intervention, die Restauration der kommunistischen Herrschaft in der Tschechoslowakei, fiel viel früher, als bislang in der Literatur diskutiert wurde. Die »Phase der Wahrnehmung« dessen, was sich in Prag abspielte, wurde bereits in Dresden im März 1968 abgeschlossen. Nunmehr sahen sich die Tschechoslowaken mit den politischen

Forderungen nach Restauration und Einstellung der Reformen konfrontiert. Die sich anschließenden Phasen waren bestimmt von der Suche nach dem Weg der Durchsetzung dieser Forderungen. Die folgende Phase des »politischen Drucks« ging im Mai 1968 über in die Kombination mit »militärischem Druck«. Die Verkündung der *Zweitausend Worte* nutzte der Kreml, um den Druck auf die KPČ-Führung zu erhöhen. Die Würfel fielen schließlich Mitte Juli 1968 in Warschau. Im Anschluß an das Treffen der »Warschauer Fünf« in Polen entschied das Politbüro des ZK der KPdSU grundsätzlich über die militärische Intervention und die politische Vorbereitung des »bürokratischen Putsches« in Prag mit Hilfe der moskautreuen, »gesunden« Kräfte rund um Vasil Bil’ak und Alois Indra. Nachdem die militärische Intervention planmäßig verlaufen war, der politische Plan zum Sturz

Dubčeks dank des passiven Widerstandes der Tschechen und ihres Generalstreiks nicht durchzusetzen war, hatte sich der Kreml in eine Sackgasse manövriert. Unter Ausspielung der »nationalen Karte« und der »Hofierung« des Slowaken Gustav Husák brachte der Kreml mit Unterstützung der »Bruderparteien« die Tschechoslowakei wieder auf dem Weg zur »Normalisierung« der Lage im Land, zur Konsolidierung der kommunistischen Herrschaft in der Tschechoslowakei, die nicht nur zu einer Rücknahme aller Reformen führte, sondern eine kommunistische Regierung mit altstalinistischen Zügen etablierte.

Aufgrund der bislang verschlossenen Politbüro-Beschlüsse des ZK der KPdSU kann insbesondere die sowjetische Position detailliert wie kaum zuvor dargelegt werden.⁵² Der Einmarsch selbst war Mitte Juli beschlossene Sache. Die Zusammenkunft in Čierna nad Tisou Ende Juli war der allerletzte Versuch, eine andere Lösung als die militärische zu finden. Es war die allerletzte »Chance« für Dubček, die Gefahr der »Konterrevolution« selbst zu beseitigen, ohne »brüderliche Hilfe«.

Wohl ohne große Hoffnungen, daß Dubček hierzu in der Lage sein würde, begab sich das komplette Politbüro der KPdSU in die ČSSR. Für den Tag darauf war bereits eine Zusammenkunft mit den KP-Chefs der »Bruderländer« in Moskau geplant. Diese wurde kurzfristig abgesagt, nachdem Dubček Brežnev wohl glaubwürdig versicherte, daß er Herr der Lage sei.

Erste Hinweise auf die Einkalkulierung einer militärischen »Lösung« der tschechoslowakischen »Krise« in Moskau finden sich bereits sehr früh. Bereits am Plenum des ZK der KPdSU im April 1968 verlautbarte der sowjetische Verteidigungsminister Grečko, daß die Armee bereit sei, ihre Aufgabe zu erfüllen und zu marschieren, wenn die Partei den Befehl dazu erteile. Doch die Positionen der einzelnen Akteure im Kreml waren keinesfalls immer so eindeutig, daß man von zwei Lagern im Kreml sprechen konnte. Zählte beispielsweise Kosygin im Kreml intern zunächst zu den Scharfmachern, nahm er nach seiner Reise in die ČSSR eine »moderatere« Rolle ein.⁵³ KGB-Chef Andropov wiederum sah die Ereignisse in der ČSSR durch die Brille der selbst miterlebten Situation in Ungarn 1956 und trug das Seine dazu bei, die Lage zu überspitzen und die Politbüro-Mitglieder teilweise falsch zu informieren, um Argumente für eine drastische »Lösung« zu liefern. Es kann als gesichert gelten, daß Brežnev eine »politische« Lösung, das heißt, daß die KPČ selbst

die Gefahr einer »Konterrevolution« beseitige, bevorzugte, keinesfalls jedoch eine militärische Invasion ablehnte oder zu dieser überredet werden mußte (oder sogar im Politbüro überstimmt werden mußte).

Der Einfluß der »Bruderparteien« auf den Entscheidungsprozeß war noch stärker als bisher angenommen. Ulbricht sprach als erster von einer »Konterrevolution« in Prag, unterstützt wurde er hierbei wesentlich von Živkov und Gomułka. Letztere sahen auch innerhalb der KPČ-Führung ein »zweites Zentrum«, später sogar ein drittes, jüdisches, ganz in der Sprache der Alt-Stalinisten. Alle drei wurden zum Katalysator von außen im Entscheidungsprozeß im Kreml. Der ungarische KP-Chef Janos Kádár nahm eine Sonderrolle ein. Kádár selbst hatte sein Land zwölf Jahre zuvor nach der Niederschlagung des Ungarn-Aufstandes wieder auf moskautreuen Kurs gebracht. Unter den »Brüdern« war er der letzte, der eine Wiederholung des Szenarios als erste Lösungsoption befürwortete, trug letztendlich allerdings den Entscheid Moskaus zur Intervention bedingungslos mit. All seine Vermittlungsversuche waren fehlgeschlagen.⁵⁴

Ulbricht, dem mitunter noch heutzutage zugeschrieben wird, sich sensibel gegenüber den Tschechoslowaken verhalten und klug entschieden zu haben, nicht wie Hitler deutsche Soldaten in die ČSSR geschickt zu haben,⁵⁵ pochte von Beginn an auf den Abbruch des Reformprozesses in Prag. Nunmehr ist auch klar, daß die Entscheidung des Nicht-Einmarsches der Nationalen Volksarmee der DDR (ihr Einmarsch in der ČSSR wurde im letzten Moment abgesagt) in Moskau auf Bitten der moskautreuen tschechoslowakischen Kommunisten gefällt wurde. Die deutschen Genossen, so Brežnev, seien darüber auch verbittert gewesen.⁵⁶

Die Zusammenschweißung der osteuropäischen KPs war dem Kreml wohl nicht nur aus dem Grund, der Ostblock könne auseinanderbrechen, immens wichtig, sondern auch aufgrund Chinas, das zusehends sowjetischen Hegemonialansprüchen entgegenstand. Brežnev selbst betonte rekapitulierend auf dem Plenum des ZK im Oktober 1968, man hätte sich zu sehr mit China beschäftigt, sodaß man zu wenig Aufmerksamkeit dem eigenen Lager geschenkt habe.⁵⁷ Für den Kreml hatte es 1968 enorme Bedeutung, die Militärintervention als Aktion des »Warschauer Paktes«, gleichsam als internationalen sozialistischen Schritt, basierend auf gemeinsamen Entscheidungen mit den »Bruderparteien«, zu vermitteln.

Der Sowjetunion ging es nicht nur darum, den Status quo im Sinne von Jalta in Europa aufrecht zu erhalten, es ging in verstärktem Maße auch darum, innerhalb der sozialistischen Welt gegenüber dem aufstrebenden China, das zunehmend zu einer Konkurrenz vor allem in Asien und in sonstigen Staaten der »Dritten Welt« geworden war, die eigene Hegemonialmacht innerhalb der kommunistischen Welt aufrechtzuerhalten.

Drei Wochen nach dem Fall der Berliner Mauer, am 1. Dezember 1989, erklärte die Volkskammer der DDR auf ihrer 13. Tagung »in Übereinstimmung mit Willensäußerungen von Bürgern unseres Landes [...], daß sie die Beteiligung der DDR an militärischen Aktionen in Staaten des Warschauer Vertrages im Zusammenhang mit innenpolitischen Auseinandersetzungen in der ČSSR im August des Jahres 1968 aufrichtig bedauert und im Namen des Volkes der DDR bei den Völkern der ČSSR um Entschuldigung bittet«.⁵⁸

Am 1. März 2006 räumte der Präsident der Russischen Föderation, Vladimir Putin, bei seinem Treffen mit dem tschechischen Präsidenten Václav Klaus für Rußland als Rechtsnachfolger der Sowjetunion eine »moralische Verantwortung ein«, meinte jedoch gleichzeitig, daß es allerdings keine juristische Verantwortung gäbe und eine solche nicht geben könne.⁵⁹

Anmerkungen

1. Der Beitrag basiert auf den Ergebnissen des internationalen Forschungsprojektes *Der Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968*. Stefan Karner/Natalja Tomilina/Alexander Tschubarjan/Viktor Iščenko/Michail Prozumenščikov/Peter Ruggenthaler/Oldřich Tůma/Manfred Wilke (Hg.), *Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968. Beiträge*, Köln/Weimar/Wien 2008; Stefan Karner/Natalja Tomilina/Alexander Tschubarjan/Viktor Iščenko/Michail Prozumenščikov/Peter Ruggenthaler/Oldřich Tůma/Manfred Wilke (Hg.), Unter Mitarbeit von Irina Kazarina, Silke Stern, Günter Bischof, Aleksej Filitov und Harald Knoll, *Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968. Dokumente. Pražská vesna. Meždunarodnyj krizisnyj 1968g. 2. Dokumenty*, Köln/Weimar/Wien 2008.
2. Siehe hierzu insbesondere das lange Zeit einzige auch auf sowjetischen Akten basierende Standardwerk in deutscher Sprache von Jan Pauer, *Prag 1968. Der Einmarsch des Warschauer Paktes. Hintergründe – Planung – Durchführung*, Bremen 1995.
3. Manfred Wilke, Die DDR in der Interventionskoalition gegen den »Sozialismus mit menschlichem Antlitz«, in: Karner u. a., *Prager Frühling*, Beiträge (Anm. 1), 421–446.
4. Ebenda, 425.
5. Siehe hierzu und in der Folge, wenn nicht

- anders zitiert, Stefan Karner/Günter Bischof/Manfred Wilke/Peter Ruggenthaler, Der »Prager Frühling« und seine Niederwerfung, Der internationale Kontext, in: Karner u. a., Prager Frühling, Beiträge (Anm. 1), 17–67.
6. Michail Prozumenščikov, Die Entscheidung im Politbüro der KPdSU, in: Karner u. a., Prager Frühling, Beiträge (Anm. 1), 205–242.
 7. Ebenda.
 8. Iskra Baeva, Bulgarien – der treue Vasall des Kreml, in: Karner u. a., Prager Frühling, Beiträge (Anm. 1), 461–480.
 9. Paweł Piotrowski, Polen und die Intervention, in: Karner u. a., Prager Frühling, Beiträge (Anm. 1), 447–460.
 10. Wilke, Die DDR in der Interventionskoalition (Anm. 3), 423 f.
 11. Baeva, Bulgarien (Anm. 8), 468.
 12. AdBIK, Transkript der Konferenz »Sovetskij Sojuz, Avstrija i međunarodnyj krizis 1968 goda«, Russische Staatliche Geisteswissenschaftliche Universität, Moskau, 31.5., 1.6.2007.
 13. Ol'ga Pavlenko, Der Informationsfluss an die Moskauer Machtzentrale, in: Karner u. a., Prager Frühling, Beiträge (Anm. 1), 243–278.
 14. Csaba Békés, Ungarn zwischen Prag und Moskau, in: Karner u. a., Prager Frühling, Beiträge (Anm. 1), 491.
 15. SAPMO-BA, DY 30/11834, 1–271, Stenographische Niederschrift der Beratung der fünf »Bruderparteien« mit der KPC in Dresden, 23.3.1968, Karner u. a., Prager Frühling, Dokumente (Anm. 1), Dokument 75.
 16. Wilke, Die DDR in der Interventionskoalition (Anm. 3), 432.
 17. Prozumenščikov, Die Entscheidung im Politbüro der KPdSU (Anm. 6), 216.
 18. Pavlenko, Der Informationsfluss (Anm. 13), 267.
 19. RGANI, F 2, op. 3, d. 95, 3 f., 73–87, Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, L. I. Brežnev, »Zu aktuellen Problemen der internationalen Lage und zum Kampf der KPdSU für die Einheit der weltweiten kommunistischen Bewegung« auf dem Plenum des ZK der KPdSU, 6.4.1968, abgedruckt in: Karner u. a., Prager Frühling, Dokumente (Anm. 1), Dokument 31.
 20. Pavlenko, Der Informationsfluss, 273 (Anm. 13).
 21. RGANI, F 2, op. 3, d. 94, 1–15, Rede des Verteidigungsministers der UdSSR, A. A. Grečko, auf dem Plenum des ZK der KPdSU, 10.4.1968, abgedruckt in: Karner u. a., Prager Frühling, Dokumente (Anm. 1), Dokument 33.
 22. Valerij Vartanov, Die militärische Niederschlagung des »Prager Frühlings«, in: Karner u. a., Prager Frühling, Beiträge (Anm. 1), 660–673.
 23. Aleksandr Bezborodov, Sowjetische Hochrüstung als Folge des Einmarsches, in: Karner u. a., Prager Frühling, Beiträge (Anm. 1), 701–616.
 24. Ebenda, 716.
 25. Nikita Petrov, Der »Prager Frühling« im Visier des KGB, in: Karner u. a., Prager Frühling, Beiträge (Anm. 1), 761–778.
 26. Pavlenko, Der Informationsfluss, 271 (Anm. 13).
 27. Ebenda. RGANI, F 5, op. 60, d. 313, 5–23, Bericht des Abteilungsleiters des ZK der KPdSU für die Verbindungen mit den kommunistischen- und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder, K. Rusakov, über die Reaktion der sozialistischen Länder auf die Ereignisse in der ČSSR, 26.4.1968, abgedruckt in: Karner u. a., Prager Frühling, Dokumente (Anm. 1), Dokument 163.
 28. Baeva, Bulgarien (Anm. 8), 468.
 29. Ebenda, 470.
 30. Pauer, Prag 1968 (Anm. 2), 73; Wilke, Die DDR in der Interventionskoalition (Anm. 3), 433.
 31. RGANI, F 10, op. 1, d. 235, 27, Protokoll des Gesprächs der Führer des ZK der KPdSU mit den Führern der kommunistischen Parteien Bulgariens, Ungarns, der DDR und Polens, 8.5.1968. Das Stenogramm des Treffens ist abgedruckt in: Karner u. a., Prager Frühling, Dokumente (Anm. 1), Dokument 77.
 32. Ebenda.
 33. Ebenda.
 34. Baeva, Bulgarien (Anm. 8), 471 f.
 35. Prozumenščikov, Die Entscheidung im Politbüro der KPdSU (Anm. 6), 213.
 36. Ebenda, 214.
 37. Wilke, Die DDR in der Interventionskoalition (Anm. 3), 437; Karner/Bischof/Wilke/Ruggenthaler, Der »Prager Frühling« (Anm. 5).
 38. Das Stenogramm der Konferenz ist in deutscher Übersetzung abgedruckt in: Karner u. a., Prager Frühling, Dokumente (Anm. 1), Dokument 82. In englischer Sprache ist es auszugsweise abgedruckt in: Jaromír Navrátil u. a. (Hg.), *The Prague Spring 1968. A National Security Archive documents reader*, Budapest 1998, 212–233.
 39. Pauer, Prag 1968 (Anm. 2), 108 f.
 40. Ebenda, 123–126.
 41. Ebenda, 116–123. SAPMO-BA, DY 30/11836, 1–116, Stenographische Niederschrift des Treffens der Interventionskoalition in Warschau, 14., 15.7.1968, abgedruckt in: Karner u. a., Prager Frühling, Dokumente (Anm. 1), Dokument 82.
 42. RGANI, F 2, op. 3, d. 114, 118, Stenogramm der Sitzung des Plenums des ZK der KPdSU, Abschlussrede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, L. I. Brežnev, 17.7.1968., abgedruckt in: Karner u. a., Prager Frühling, Dokumente (Anm. 1), Dokument 38; Pauer, Prag 1968 (Anm. 2), 127.
 43. Prozumenščikov, Die Entscheidung im Politbüro der KPdSU (Anm. 6), 225.
 44. Hierauf sein an dieser Stelle nicht näher eingegangen. Siehe hierzu Karner/Bischof/Wilke/Ruggenthaler, Der »Prager Frühling« (Anm. 5), 45 f. sowie insbesondere Günter Bischof, »No action«. Die USA und die Invasion in die Tschechoslowakei, in: Karner u. a., Prager Frühling (Anm. 1), 319–354.
 45. RGANI, F 3, op. 72, d. 189, 2, 4, Politbüro-Beschluß des ZK der KPdSU P 92 (II), »Zur Frage über die Lage in der Tschechoslowakei«, 20.7.1968.
 46. Siehe hierzu genauer Peter Ruggenthaler/Harald Knoll, Die Moskauer »Verhandlungen«, in: Karner u. a., Prager Frühling, Beiträge (Anm. 1), 717–737.
 47. Ebenda.
 48. Ebenda.
 49. Hans Modrow, *In historischer Mission. Als deutscher Politiker unterwegs*, Berlin 2007, 173.
 50. Vartanov, Die militärische Niederschlagung des »Prager Frühlings« (Anm. 22), 667.
 51. Dokument 107 Svoboda über Dubček: »Wenn er von seinem Posten zurücktritt, wäre es für uns alle besser«, in: Karner u. a., Prager Frühling, Dokumente (Anm. 1), 835.
 52. Siehe insbesondere Prozumenščikov, Die Entscheidung im Politbüro der KPdSU (Anm. 4) und Pavlenko, Der Informationsfluss an die Moskauer Machtzentrale (Anm. 11).
 53. Prozumenščikov, Die Entscheidung im Politbüro der KPdSU (Anm. 6), 210.
 54. Zu Kádár siehe ausführlich Békés, Ungarn zwischen Prag und Moskau, in: Karner u. a., Prager Frühling, Beiträge (Anm. 1), 481–500.
 55. Siehe hierzu erst unlängst erschienen: »Am 4. Dezember 1989 entschuldigten sich die Vertreter der Staaten des Warschauer Vertrages auf ihrer Beratung in Moskau bei den Tschechen und Slowaken für die militärische Intervention im August 1968. Die NVA war an der Operation nicht beteiligt. Walter Ulbricht wusste es zu verhindern, dass auch nur ein deutscher Soldat die Grenze überschritt. Angesichts der Erfahrungen von 1938/39 war das eine völlig richtige Entscheidung. Die DDR gab logistische Unterstützung, das ist richtig. Mehr aber nicht.« Modrow, *In historischer Mission* (Anm. 49), 173.
 56. Siehe hierzu Rüdiger Wenzke, Die Nationale Volksarmee der DDR. Kein Einsatz in Prag, in: Karner u. a., Prager Frühling, Beiträge (Anm. 1), 673–686. RGANI, F 89, op. 38, d. 57, 1–19, Stenogramm der Gespräche der sowjetischen Führung mit dem Staatspräsidenten der ČSSR, L. Svoboda, und M. Klusák, 23.8.1968, abgedruckt in: Karner u. a., Prager Frühling, Dokumente (Anm. 1), Dokument 107. Nach Gomulka wurde die NVA auf ausdrücklichem Wunsch der Gruppe um Bil'ak und Indra zurückgehalten. Siehe Pauer, Prag 1968 (Anm. 2), 229.
 57. RGANI, F 2, op. 3, d. 130, 1–26, Rede von L. I. Brežnev auf der Sitzung des Plenums des ZK der KPdSU, 31.10.1968, abgedruckt in: Karner u. a., Prager Frühling, Dokumente (Anm. 1), Dokument 122.
 58. Neues Deutschland, 2.12.1989, in: *Deutschland Archiv* 1/1990, 137; Lutz Prieß/Václav Kural/Manfred Wilke, *Die SED und der »Prager Frühling« 1968*, Berlin 1996, 17.
 59. Siehe den Artikel in der *Welt* über den Besuch des russischen Präsidenten Putin in Prag am 13.2006.

Dr. Peter Ruggenthaler, Ludwig Boltzmann-Institut für Kriegsfolgen-Forschung, Schörgelgasse 43, 8010 Graz, peter.ruggenthaler@bik.ac.at
 Prof. Dr. Manfred Wilke, Projektleiter am Institut für Zeitgeschichte München, Rothenburgstraße 27a, D-12165 Berlin, prof.manfred.wilke@googlemail.com